

Zugestellt durch Post.at



SPÖinfo

gunskirchen



*Wir wünschen Ihnen ein besinnliches
Weihnachtsfest sowie Glück und
Gesundheit im Jahr 2011!*

Herausgeber:

SPÖ Gunskirchen

Kaplanweg 5

4623 Gunskirchen

karo.wolfesberger@gmx.at



Friedrich Nagl

Liebe Gunskirchnerinnen und Gunskirchner!

Die Marktgemeinde Gunskirchen ist neuerdings „Abgangsgemeinde“. Das heißt, die Einnahmen sind geringer als die Ausgaben. Ein Fall für die Aufsichtsbehörde des Landes Oberösterreich. Diese ist mittlerweile Experte, denn es gibt mehr als 300 Abgangsgemeinden und wie man hört, auch die Landesverwaltung selbst ist davon betroffen. Intensive Prüfungen ergaben, dass die **Abfallgebühren** in Gunskirchen nicht ganz kostendeckend sind. Es bestand also Handlungsbedarf. Nach langwierigen Beratungen im betreffenden Ausschuss hat der Gemeinderat beschlossen, die Gebühren anzuheben. Dafür wird in Zukunft die Anlieferung von **Grün-, Strauch- und Baumschnitt** kostenlos angeboten. Die Tarife für die Biotonne bleiben gleich. Trotzdem wird jeder Haushalt zwischen 2 – 3 Euro pro Monat belastet.

In Gunskirchen wird nächstes Jahr ein völlig neues **Altstoff-sammelzentrum** entstehen. Es ersetzt die Deponie in der Krenglbacher Straße. Nach positiver Erledigung aller Genehmigungen hoffe ich, dass bereits im Herbst 2011 alle baulichen Einrichtungen wie eine Halle für 80 verschiedene Abfallarten und die sehr praktischen Sägezahnrampen fertig gestellt sein werden. Damit werden Kletterpartien auf diversen Containern der Vergangenheit angehören. Ich werde mich auch für erweiterte Öffnungszeiten einsetzen.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, besinnliche Tage im Familienkreis sowie vor allem Gesundheit und viel Erfolg für das Jahr 2011.

Ihr

Friedrich Nagl

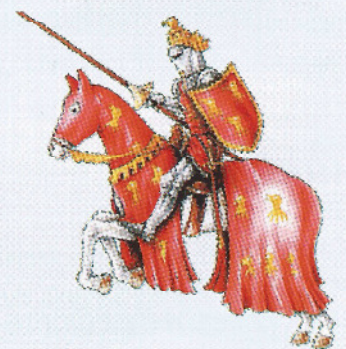
SPÖ GSCHNAS

12. Februar 2011

Gasthaus Gruber



Ritterfest





Friedrich Nagl

Liebe Gunskirchnerinnen und Gunskirchner!

Die Marktgemeinde Gunskirchen ist neuerdings „Abgangsgemeinde“. Das heißt, die Einnahmen sind geringer als die Ausgaben. Ein Fall für die Aufsichtsbehörde des Landes Oberösterreich. Diese ist mittlerweile Experte, denn es gibt mehr als 300 Abgangsgemeinden und wie man hört, auch die Landesverwaltung selbst ist davon betroffen. Intensive Prüfungen ergaben, dass die **Abfallgebühren** in Gunskirchen nicht ganz kostendeckend sind. Es bestand also Handlungsbedarf. Nach langwierigen Beratungen im betreffenden Ausschuss hat der Gemeinderat beschlossen, die Gebühren anzuheben. Dafür wird in Zukunft die Anlieferung von **Grün-, Strauch- und Baumschnitt** kostenlos angeboten. Die Tarife für die Biotonne bleiben gleich. Trotzdem wird jeder Haushalt zwischen 2 – 3 Euro pro Monat belastet.

In Gunskirchen wird nächstes Jahr ein völlig neues **Altstoff-sammelzentrum** entstehen. Es ersetzt die Deponie in der Krenglbacher Straße. Nach positiver Erledigung aller Genehmigungen hoffe ich, dass bereits im Herbst 2011 alle baulichen Einrichtungen wie eine Halle für 80 verschiedene Abfallarten und die sehr praktischen Sägezahnrampen fertig gestellt sein werden. Damit werden Kletterpartien auf diversen Containern der Vergangenheit angehören. Ich werde mich auch für erweiterte Öffnungszeiten einsetzen.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, besinnliche Tage im Familienkreis sowie vor allem Gesundheit und viel Erfolg für das Jahr 2011.

Ihr

Friedrich Nagl

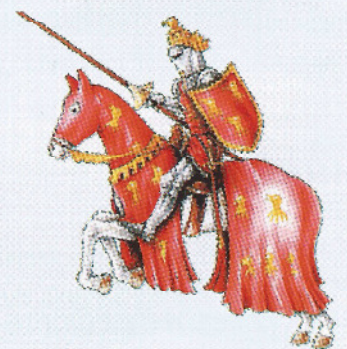
SPÖ GSCHNAS

12. Februar 2011

Gasthaus Gruber



Ritterfest





Christian Renner

Unterstützung einer Anrainerinitiative für eine 30 km/h Zone

Volle Unterstützung seitens der SPÖ Gunskirchen erhält eine Initiative von Bewohnern des Siedlungsgebietes zwischen dem Bereich nördlich der Heidestraße bis zur Billrothstraße (südlicher Zugang ÖBB - Bahnhof), im Ortsteil „Straß – Ost“. Dabei handelt es sich um ein dicht bebautes Siedlungsgebiet, in dem sehr viele Familien mit Kindern wohnen. Neben den durchwegs unübersichtlichen Kreuzungen, stellen auch die vielen Hauseinfahrten sowie die engen Fahrbahnen (Fahrbahnbreite stellenweise unter 4 Meter) ein beträchtliches Gefahrenpotential dar. Bei der Gemeinderatssitzung am 23.11.2010 wurde daher Dr. Josef Kaiblinger, Gemeindevorstand und Obmann des zuständigen Raumordnungsausschusses, von Gemeinderat Christian Renner eine Unterschriftenliste von Bewohnern des betroffenen Siedlungsgebietes für eine 30 km/h Zone übergeben. Gemeindevorstand Dr. Kaiblinger versprach, die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss zu bearbeiten.

SPÖ Gunskirchen fordert rasche Lösung für gefährliche Bushaltestelle

Fast täglich (vor allem an Schultagen) spielen sich bei der Bushaltestelle auf der B1, Höhe Kreuzung Nelkenstraße, in Fahrtrichtung Wels gefährliche Situationen ab. Um zu dieser Bushaltestelle zu gelangen, müssen Fahrgäste, bei denen es sich hauptsächlich um Kinder und Jugendliche aus Gunskirchen handelt, welche Schulen in Lambach und Wels besuchen, zuerst die Fahrbahn der Bundesstraße 1 überqueren. Aber starkes Verkehrsaufkommen - vor allem in den Morgen- und Nachmittagsstunden - machen das Überqueren der B1 zu einem lebensgefährlichen Unterfangen für die Fußgänger. Aus diesen Gründen brachte die SPÖ Gunskirchen bei der Gemeinderatssitzung am 23.11.2010 durch Gemeinderat Christian Renner den Antrag ein, gemeinsam mit der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land, dem Busbetreiber und der Gemeinde Edt rasch eine

Lösung für eine gefahrlose Überquerung der Bundesstraße durch Fußgänger zu finden. Als ersten und kurzfristigen Lösungsansatz wurde dabei von der SPÖ Fraktion vorgeschlagen, die Bushaltestelle in die Nelkenstraße zu verlegen, denn damit würde das Überqueren der Bundesstraße 1 durch Fahrgäste nicht mehr nötig sein.

Längerfristig muss die Gemeinde Gunskirchen auch über die Möglichkeit nachdenken, im Bereich zwischen der Nelkenstraße und der Gärtnerstraße eine Radfahrer- und Fußgängerunterführung oder -überführung an der Bundesstraße zu errichten. Damit könnten nicht nur die Bushaltestellen entlang der B1, in Fahrtrichtung Wels, gefahrlos erreicht werden, sondern auch alle Gunskirchnerinnen und Gunskirchner sicher in das Naherholungsgebiet Au bei der Traun gelangen.

**Liebe Gunskirchnerinnen,
liebe Gunskirchner!**

Da mit Jahresende die Renovierungsarbeiten im Erdgeschoß der Kirchengasse 14 abgeschlossen sind, können die Räumlichkeiten von der Volkshochschule, der Landjugend und dem Friseurgeschäft mit Jänner 2011 bezogen werden. Für das kommende Jahr ist eine Komplettsanierung des 1. Obergeschosses sowie eine thermische Sanierung des Gebäudes vorgesehen. Weiters wird das Nebengebäude abgerissen, um Raum für Stellplätze zu schaffen.

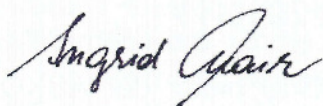
In den Ortschaften Gänsanger und Irnharting wurden von der Marktgemeinde Gunskirchen Grundstücke gesichert. Dies bildet eine Grundlage zur Schaffung von Kommunikations- und Kleinspielflächen. Im Erikaweg wurde ein Schlittenhügel errichtet.

Leider sind unsere Spielplätze nach wie vor Sorgenkinder der Marktgemeinde Gunskirchen. Die Verunstaltung des Spielplatzes in der Nelkenstraße nimmt immer mehr zu. Die neu aufgestellten Mülleimer werden leider nicht benützt, sondern Flaschen, Zeitschriften und sonstiger Müll werden auf die Wiese geworfen. Daher nochmals ein Appell an alle Spielplatzbenutzer, die Spielplätze sauber zu halten.

Bei der Außenbeleuchtung am Friedhof wird aufgrund von Kabelschäden die Verkabelung erneuert.

Ich wünsche Ihnen liebe Gunskirchnerinnen und Gunskirchner besinnliche Weihnachten sowie Gesundheit und viel Erfolg für das Jahr 2011.

Ihre



Ingrid Mair



Ingrid Mair



**Nächster
KUNTERBUNTER
KINDERTREFF**

**15. Jänner 2011
14:00 - 16:00 Uhr**

**Eltern-Kind-Zentrum
Kirchengasse 14**





Karl Habermann

Unsere vorletzte Tagesausfahrt im heurigen Jahr ging am 13. Oktober zum Wildessen ins Gasthaus zur Wacht in Strobl am Wolfgangsee. 72 Mitglieder konnten wir bei dieser Fahrt begrüßen. Nach dem Essen gab es ein gemütliches Beisammensein mit Musik. Manche Teilnehmer unternahmen kürzere oder auch längere Spaziergänge. Am späten Nachmittag traten wir gutgelaunt die Rückfahrt an.

Unser Reiseunternehmer Sab-Tours veranstaltete auch heuer wieder vom 27. bis 30. Oktober eine Fahrt in den Süden. Die Reise führte uns an die Ostküste Kroatiens, nach Moscenicka Draga, wo wir im 4-Sterne Hotel Marina untergebracht waren. Von dort aus unternahmen wir Tagesausflüge, wie nach Rijeka und auf die Insel Krk. Geboten wurden uns jeweils Besichtigungen kultureller Sehenswürdigkeiten. Auch der Besuch eines Weinkellers durfte nicht fehlen. Am Abend gab es im Hotel Tanzmusik. Alles im allem war es eine wunderschöne Reise mit einem traumhaften Wetter.

Nachdem das Jahr 2010 bald zu Ende geht, möchte ich allen Mitgliedern des Pensionistenverbandes ein besinnliches Weihnachtsfest sowie viel Glück und Gesundheit für das kommende Jahr 2011 wünschen.

Ihr Ortsvorsitzender
Karl Habermann

ASKÖ 

Gunskirchen



Erfolgreiche Eröffnung der Schwimmsaison 2010/11

Wie schon in der Wintersaison 2009/10 bietet der ASKÖ Gunskirchen auch heuer wieder in Kooperation mit dem 1. Welser Schwimmklub und „Wassermann Wels“ ein Schwimmtraining, bzw Schnorcheln und Tauchen für Kinder im Alter von 5 – 12 Jahren an. Am 23. Oktober fand in der Schwimmhalle der Volks- und Hauptschule Gunskirchen die offizielle Eröffnung der diesjährigen Schwimmsaison statt. Dort konnten sich die Eltern der teilnehmenden Kinder ein Bild über die Arbeit der Trainer mit den Kindern machen. Mit dabei waren Vizebürgermeisterin Mag. Karoline Wolfesberger und die Abgeordnete zum OÖ Landtag Petra Müllner. Die Schwimmsaison 2010/11 wurde von den beiden Damen offiziell eröffnet. Nicht nur die Eltern, mit ihren kleinen Sportler und Sportlerinnen, sondern auch die Trainer und Gäste konnten sich beim anschließenden Buffet stärken. Dabei nutzten die vielen Eltern und Funktionäre die Möglichkeit zu einem kleinem Plausch mit unserer Vizebürgermeisterin Mag. Wolfesberger und der Landtagsabgeordneten Petra Müllner.

Die Kleinen trifft immer das „Bummer!“

Es ist noch nicht so lange her. Am 15. September 2008 schitterte die amerikanische Lehman-Investmentbank infolge gigantischer Fehlspekulationen in die Pleite. Über zwanzigtausend Mitarbeiter verloren ihren Arbeitsplatz und 17 Milliarden \$ an noch offenen Ansprüchen. Von da an mehrten sich die Hiobsbotschaften. Auch wenn in Österreich noch lange verharmlost wurde, dämmerte es so manchem, dass weltweit agierende Spekulanten mit ihren Machenschaften die Grundlage für eine riesige Wirtschaftskrise geschaffen haben könnten, die auch vor unserem Land nicht haltmachen würde.

Als schließlich sogar österreichische Banken mit staatlichen Geldern gestützt bzw. manche überhaupt vor dem Kollaps bewahrt werden mussten, kristallisierte sich immer deutlicher heraus, wer die Zeche bezahlen wird. Seit den Verhandlungen der Regierung in Loipersdorf ist es offiziell bzw. kann mittlerweile in den sogenannten Budgetbegleitgesetzen nachgelesen werden, wer zum Zwecke der Konsolidierung der Staatsfinanzen für den Schaden aufzukommen hat, nämlich insbesondere die kleinen und mittleren Einkommensbezieher, also die, von denen die Wirtschaftskrise sicher nicht ausgegangen ist.

Faktum ist, dass als Folge des gescheiterten Finanzsystems in Österreich Banken mit **6 Milliarden** Euro gerettet, die Konjunktur und Arbeitsplätze mit **6 Milliarden** gestützt und Einnahmenausfälle von rund **9 Milliarden** hingenommen werden mussten. Eine riesige Summe von 21 Milliarden Euro, für die man – nur zum Vergleich – zum Preis von jeweils 21.000 Euro pro Objekt bei einer Million Häuser und Wohnungen energiesparende Maßnahmen vornehmen hätte können.

Durch die von Spekulanten ausgelöste Wirtschaftskrise und durch das Bankenstabilisierungsprogramm ist die Staatsverschuldung um weitere 10 Prozentpunkte des BIP gestiegen. Erhebliche Mittel, die für die Stützung der Systembanken aufgewendet wurden, werden überhaupt für immer verloren sein.

Nun wird uns der zweite Teil der Rechnung von dem präsentiert, was durch gierige und unfähige Spekulanten an Schaden verursacht wurde. Den ersten Teil der Lasten haben nämlich bereits jene getragen, denen mit allen möglichen Behauptungen Aktien und sonstige „Wertpapiere“ angedreht wurden, die kurze Zeit später nur mehr einen Bruchteil oder überhaupt

nichts mehr wert waren. Aber auch jene Menschen, die im Zuge der Auftragseinbrüche vieler Firmen entweder arbeitslos wurden oder wo Betriebe und deren Beschäftigte gezwungen waren, mit Kurzarbeit und reduziertem Einkommen über die Runden zu kommen, haben große Nachteile erlitten.

Für die Mehrzahl der Bevölkerung wird es in den verschiedensten Lebensbereichen – auch wenn noch dort und da kleine Nachbesserungen vorgenommen wurden – zu Verschlechterungen kommen. Zu den Betroffenen werden Familien, Studenten, Pflegebedürftige, Behinderte und viele andere Menschen gehören, die schon bisher nicht mit hohem Einkommen verwöhnt wurden. Dazu gehören auch eine Million armutsgefährdeter Personen, die mit einem monatlichen Gesamteinkommen von weniger als 951 Euro 12 mal pro Jahr auskommen müssen. Die Hauptverursacher, nämlich die Banken, sind im Verhältnis zum angerichteten oder mit verursachten Schäden mit jährlich 500 Millionen € (Stabilitätsabgabe) ausgesprochen gut davon gekommen.

Wir müssen aus den Vorkommnissen lernen. Fest steht, dass manche Banker in Führungsposition aus Gier nach immer mehr Gewinn schlichtweg den Verstand bzw. das Gefühl der Verantwortung, wie mit anvertrauten Geldern umzugehen ist, verloren haben. Sie haben mit dem Geld ihrer Kunden gespielt, als ob es ihr eigenes wäre und sie im Casino sitzen würden. Viele haben noch gepokert und Geld von kleinen Sparern angenommen, als sie bzw. ihre Bank längst nicht mehr kreditwürdig waren. Am Beispiel der Kärntner Hypo hat es sich zuletzt am deutlichsten gezeigt, dass letztlich immer der Steuerzahler einspringen muss, wenn die Spekulanten mit ihrem Latein am Ende sind.

Die vorhandenen Kontrollmaßnahmen haben nicht einmal ansatzweise gereicht, das Ausmaß der Gefahren rechtzeitig offenkundig zu machen. Die Umsetzung der Forderung nach demokratischer Kontrolle von Banken und Finanzmärkten auf europäischer und internationaler Ebene, Verschärfung der Bankenaufsicht, persönliche Haftung bei gewissen rechtswidrigen Verhaltensweisen etc ist daher notwendiger als je zuvor. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Spekulanten neuerlich Regierungen und deren Bevölkerung unter Zugzwang setzen und weitere „Sparpakete“ folgen.

Josef Ackerl: Eine Millionärssteuer im Zug einer generellen Steuerreform macht Erleichterungen für Familien, Pendler und Studenten möglich!

DANKE für mehr als 50.000 Unterschriften!

Einsatz für Millionärssteuer geht weiter

Das Sparpaket der Bundesregierung lässt die Protestwellen hochgehen. Auch die SPÖ Oberösterreich hält die Einschnitte bei den Familien, bei den Pendlern und den Studenten für verzichtbar. „Wir setzen weiter auf raschen Schuldenabbau unter Heranziehung derer, die die Krise auch verursacht haben: Superreiche, Banken und Spekulanten. Der Einsatz für eine Millionärssteuer im Zug einer generellen Steuerreform bis 2013 geht unvermindert weiter!“, kündigt SPÖ-Landeschef LH-Stv. Josef Ackerl an, der jetzt mehr als 50.000 Unterschriften aus Oberösterreich für eine Millionärssteuer ins Parlament bringen kann.

Die SPÖ Oberösterreich hält unverrückbar an der Parlamentarischen BürgerInneninitiative für eine Millionärssteuer fest. Bis dato ist das am Widerstand der ÖVP gescheitert. Hätte es diesen nicht gegeben, wäre es gar nicht erst zu Belastungen wie jetzt im Familienbereich gekommen. Dafür bestand die

ÖVP auf einer Erhöhung der Mineralölsteuer, die weder eine Ökologisierung darstellt, noch durch eine Erhöhung des Pendlerpauschales ausreichend abgedeckt wird.

Von der Einführung einer solchen Vermögenssteuer würden eindeutig die ArbeitnehmerInnen, Familien und die Studierenden bzw. deren Eltern profitieren. Auch für die Pendler, die bei der Erhöhung der Mineralölsteuer kräftig zur Kasse gebeten werden, sind dann weitere steuerliche Erleichterungen möglich.

Für grundlegende Steuerreform!

Einhellig begrüßt wird von der SPÖ Ober-

österreich die Ankündigung von Bundeskanzler Faymann, der eine Steuerreform bereits für 2013 in Aussicht gestellt hat.

„Der Eingangssteuersatz ist in Österreich mit derzeit 36,5 Prozent eindeutig zu hoch angesetzt. Wir fordern nicht nur einen niedrigeren Eingangssteuersatz, sondern gleichzeitig auch einen höheren Spitzensteuersatz von 60 statt bisher 50 Prozent ab 300.000 Euro Jahreseinkommen. Die SPÖ Oberösterreich ist der Ansicht, dass Leute wie der Voest-General Eder mit ihren horrenden Bezügen mehr Steuern zahlen können, ohne am Hungertuch nagen zu müssen“, so Ackerl.

74 Prozent für Reichensteuer

Dass die SPÖ Oberösterreich mit ihrer Forderung richtig liegt, belegt auch die jüngste Umfrage des Linzer Marktforschungsinstituts Spectra: Danach sind 74 Prozent der OberösterreicherInnen für die Einführung einer Reichensteuer zur Sanierung des Staatshaushalts. Auch 66 Prozent der ÖVP-Sympathisanten sind dafür.